



Rede

des Generalsekretärs der FDP NRW,

Christian Lindner, MdL,

anlässlich des 60. Ordentlichen Landesparteitags der FDP NRW am 21. April 2007 in Hamm:

**"Mehr Freiheit, mehr Chancen -
Liberaler ist sozialer"**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Als bekannt wurde, dass die soziale Dimension des Liberalismus Gegenstand dieses Parteitags sein würde, meinten manche, die FDP entdecke jetzt endlich auch ihre soziale Ader. Wir wollten so neue Wähler erreichen. Gar neue Koalitionen vorbereiten. Nichts davon ist wahr.

In ihren "Freiburger Thesen" haben die Freien Demokraten geschrieben:

„Freiheit und Glück des Menschen sind (...) nicht einfach nur eine Sache gesetzlich gesicherter Freiheitsrechte und Menschenrechte, sondern gesellschaftlich erfüllter Freiheiten und Rechte.“

In dieser großen Tradition stehen wir seit bald 36 Jahren. Wir müssen uns nicht neu erfinden. Wir brauchen keine PR-Gags. Wir waren nie „unsozial“.

Aber wir wenden uns ab heute entschieden gegen ein Bild der FDP, gegen ein Etikett, das man uns anheften will. Ab heute lassen wir uns „unsoziale“ Politik nicht mehr vorwerfen. Und erst Recht nicht von Sozialdemokraten und Grünen, die hier in NRW PISA-Ergebnisse, hohe Arbeitslosigkeit und kaputte Haushalte zu verantworten haben.

* * *

Es gibt doch noch Menschen, die treffen ihre Wahlentscheidungen wie morgens in der Dusche: Dreht man nach rechts, wird das Wasser kalt. Dreht man nach links, wird es warm. So einfach ist das in der Politik nicht.

Im Gegenteil: Die sozialkatholischen und sozialdemokratischen Gefälligkeitspolitiker haben mit gutem Gewissen immer neue wohlfahrtstaatlichen Leistungen beschlossen, die die Wachstumsdynamik der Sozialen Marktwirtschaft beschnitten haben.

Meistens verstehen diese Politiker unter Sozialpolitik nur den Griff in die Tasche des anderen, aber nie einen Moment der eigenen Anstrengung und Leistungsbereitschaft.

Das Ergebnis war nicht eine sozialere Gesellschaft, sondern eine Volkswirtschaft mit höherer Arbeitslosigkeit.

Wir senden heute ein Signal:

- Die liberale Idee ist nicht nur für die Menschen auf der Sonnenseite der Gesellschaft, sondern genauso für diejenigen, die bedürftig sind und im Leben keine fairen Chancen hatten.
- Wir sind nicht die Interessenvertretung von irgendwelchen Lobbys. Zwei Drittel unserer berufstätigen Wähler sind Arbeiter und Angestellte. Damit sind wir repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Die FDP findet gerade bei denjenigen, die dabei sind, Familien zu gründen, die einsteigen wollen, überdurchschnittlichen Rückhalt. Bei der Bundestagswahl wählten 13 Prozent der Männer und Frau zwischen 25 und 34 Jahren die FDP. Für diese Einsteiger und Familiengründer arbeitet die FDP.
- Für uns ist das Leistungsprinzip nicht Turbokapitalismus, sondern die ökonomische Voraussetzung für soziale Sicherheit.

Nur wenn sich Leistung für diejenigen lohnt, die Leistung erbringen können, kann das erwirtschaftet werden, was diejenigen brauchen, die im Leben kein Glück hatten.

* * *

Der Wohlfahrtsstaat hat indes das Verteilen vor das Erwirtschaften gestellt. Er hat Mitmenschlichkeit und Verantwortung verstaatlicht und Leistung enteignet. Die Verteilungspolitik schafft Probleme, die dann durch noch mehr Verteilung gelöst werden sollen.

Die Ergebnisse der Sozialen Marktwirtschaft sind deshalb heute weniger sozial als früher - nicht, weil wir zu wenig Staat und zu viel Markt haben, sondern weil wir zu viel Staat und zu wenig Markt haben.

Wir kennen dagegen die moralischen Qualitäten von Freiheit und Vielfalt von Markt und Wettbewerb.

Die deutsche Linke hat dagegen bis heute nicht begriffen, dass der Markt kein Nullsummenspiel ist, bei dem der eine nur gewinnt, was er dem anderen wegnimmt.

Wir sind stolz auf die marktwirtschaftliche Kompetenz der FDP - und wir sagen denen, die sich moralin-sauer gegen die Marktwirtschaft richten, dass sie falsch liegen.

* * *

Frei sein heißt für uns, zwischen Optionen für das eigene Lebensglück wählen zu können. Fair ist, wenn das Wettbewerbsspiel der Sozialen Marktwirtschaft unter für alle gleichen und fairen Regeln gespielt wird und alle immer neue Chancen erhalten.

Diese Freiheit bedarf für jeden Einzelnen einer materiellen Grundlage, aber genauso auch ideeller Voraussetzungen wie Bildung, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsgefühl für sich wie andere.

Freiheit ist nicht gewährleistet, wo Menschen Angst vor Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit oder Ausgrenzung haben.

Angesichts dieses Anspruchs ist die Freiheitsbilanz des Wohlfahrtsstaats negativ:

- Ist es denn sozial, wenn 40 Prozent der türkischen Jugendlichen in den Großstädten ohne jeden Schul- und Berufsabschluss bleiben, weil unser Bildungssystem lange nicht individuelle Förderung garantieren konnte?
- Ist es denn sozial, wenn gerade Geringqualifizierte, Jüngere und Ältere dauerhaft arbeitslos sind, weil der Arbeitsmarkt überreguliert und die Lohnzusatzkosten zu hoch sind?
- Ist es denn sozial, wenn die in den Gesetzlichen Krankenversicherungen zum Ende eines Quartals kaum noch einen Arzttermin bekommen können, weil in unserem planwirtschaftlichen Gesundheitssystem Leistungen in Wahrheit längst kontingentiert werden?
- Ist es denn sozial, wenn den Menschen alle Lebensentscheidungen abgenommen werden wie beispielsweise beim Eintritt in den Ruhestand, wo gleich gemacht wird, was nicht gleich ist.
- Ist es denn sozial, wenn die Menschen Angst vor Alter, Pflegebedürftigkeit und Krankheit haben, weil unsere Sozialsysteme am Vorabend des demographischen Wandels brüchig geworden sind.

Die größte Schwäche des Wohlfahrtsstaates ist die mangelnde Treffsicherheit der sozialen Leistungen. Der Wohlfahrtsstaat verteilt an alle etwas, statt die Hilfe auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren.

Es ist nicht fair, dass man mit Hartz IV und etwas Schwarzarbeit mehr verdienen kann, als mit ehrlichem Schufteln auf dem Bau.

Es ist nicht fair, dass in Behinderteneinrichtungen der Mangel verwaltet wird, während Trittbrettfahrer Lücken zur Erschleichung staatlicher Leistungen nutzen.

Wir versprechen den Menschen nicht mehr Wohltaten, mehr soziale Leistungen. Aber einen treffsichereren Sozialstaat, mehr Chancen und mehr Fairness.

* * *

Ein Autor des „Stern“ hat vor einiger Zeit seine Impressionen von Essen-Katernberg beschrieben; dem Teil des Ruhrgebiets mit dem höchsten Anteil an Beziehern von Hilfen zum Lebensunterhalt.

"Im Herbst wurde der erste Buchladen in Essen-Katernberg eröffnet. Davor gab es in einem Stadtteil, in dem fast 24.000 Menschen leben, keine Bücher zu kaufen. An den Buchpreisen kann es nicht liegen. Denn (...) allein in der Hauptstraße gibt es auf eineinhalb Kilometern sieben Spielhöllen. Die Geschäfte laufen gut."

Der gegenwärtige Wohlfahrtsstaat hat die Menschen vielfach fürsorglich vernachlässigt, indem er Bedürftige zu Taschengeldempfängern degradiert, ihnen ansonsten aber Unterstützung, Anreize und Möglichkeiten vorenthalten hat, sich mit eigener Leistung um eine Verbesserung ihrer Lebenssituation zu bemühen.

Die Folge von langjähriger Arbeitslosigkeit ist in Deutschland deshalb nicht in erster Linie materielle, sondern vor allem immaterielle Armut, weil Menschen Selbstbewusstsein, Antrieb, Lebenstüchtigkeit und den Zugang zu Bildung einbüßen.

Soziale Gerechtigkeit beweist sich vor diesem Hintergrund an der der sozialen Mobilität innerhalb einer Gesellschaft. Dazu wollen wir statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren Arbeit ermöglichen.

Wir wollen statt Sozialreparaturen vorbeugende Sozialinvestitionen in beste und lebenslange Bildung, um Chancen unabhängig von der persönlichen Herkunft zu garantieren - nur so ist eine marktwirtschaftliche Ordnung mit ihrem Wettbewerbsprinzip legitim. Beispielsweise in der Schulpolitik haben wir dazu wesentliche Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Wir fordern mit dem „Bürgergeld“ eine solidarische Grundsicherung für alle. Auf dieser Basis wollen wir Bedürftigen immer wieder neue Chancen eröffnen, in die Teilhabe an Arbeit, Bildung und zentralen gesellschaftlichen Gütern zurückzukehren.

Als aktivierendes Mindesteinkommen setzt es echte Anreize zu der für uns zentralen Aufwärtsmobilität durch Erwerbsarbeit. Es muss aber dem Leistungsprinzip folgen, damit wer arbeitet mehr hat als derjenige, der nicht arbeitet.

Damit es wirksam ist, muss die Beschäftigungsdynamik erhöht werden. Nach dänischem und österreichischem Vorbild brauchen wir dazu einen beschäftigungsfreundlichen Kündigungsschutz.

Manche werfen uns deswegen „Sozialabbau“ vor. Wir müssen den Menschen sagen: Der Kündigungsschutz schützt nicht vor Kündigung. Vor Kündigung schützen nur individuelle Qualifikation und wettbewerbsfähige Unternehmen.

Den besten Kündigungsschutz finden die Menschen in sich selbst, das Gesetz schließt nur Menschen von Chancen aus.

Nicht wer für diesen Kündigungsschutz ist, ist sozial, sondern diejenigen, die von anderen Ländern lernen und Menschen Einstiegschancen eröffnen wollen!

* * *

Ich habe von einem Fest in einem Alten- und Pflegeheim gehört. Dort wollten Bewohner und Nachbarn gemeinsam ein Fest feiern. Es sollte selbstgebackenen Apfelkuchen geben. Was für eine schöne Veranstaltung. Gelebte Solidarität.

Das Fest konnte nicht stattfinden. Die Hygienevorschriften waren dagegen.

Der gegenwärtige Wohlfahrtsstaat gefährdet die Nächstenliebe, weil Selbsthilfe und individuelle Solidaritätsgesten von den Profis der Sozialbürokratie nur zu oft als störende Anmaßung und unverantwortlicher Dilettantismus abgewehrt werden. Eine Gesellschaft, die nur auf Rechtsansprüche gegen eine anonyme Sozialbürokratie baut, ist inhuman und kalt.

Eine solidarische Bürgergesellschaft braucht und setzt aber auf Selbsthilfe, die Empathie und die Mitmenschlichkeit ihre Mitglieder.

Wir wollen das auch Pflegeheime nach selbstgebackenem Apfelkuchen riechen dürfen - und nicht nur nach Chlor.

* * *

Mit unserem Konzept einer liberalen Sozialpolitik wollen wir auch den gesellschaftlichen Dialog suchen, um Unterstützer für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft zu finden.

Der Auftakt war am Dienstag ein Sozialpolitischer Kongress in Düsseldorf. Wir haben mit renommierten Wissenschaftlern, Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie gut 250 Gästen unsere Leitgedanken diskutiert.

Wir wollten die Ergebnisse der Diskussion auch in unseren Leitantrag übernehmen. Deshalb hat sich der Versand verzögert. Dafür bitte ich Sie sehr herzlich um Verständnis.

* * *

Unser Leitantrag „Mehr Freiheit, mehr Fairness, neue Chancen. Perspektiven für eine solidarische Bürgergesellschaft“ hat folgende Eckpunkte:

- Gerade auch aus sozialpolitischer Sicht ist eine Steuerreform überfällig: Angesichts der brüchigen Sozialsysteme müssen die Menschen über höhere Nettoeinkommen verfügen, damit sie Eigenvorsorge betreiben können. Wir wollen Familien über eine Steuerreform entlasten!
- Wir wollen die Sozialversicherungen neu gründen, um sie demographiefest und über den Wettbewerb der Anbieter effizienter zu machen. Dabei ziehen wir wo möglich die an den Einzelnen gerichtete Pflicht zur Versicherung sozialer Risiken mit weitgehender Wahlfreiheit den staatlich kontrollierten Umlagesystemen vor.

Wer leistungs- bzw. äquivalenzorientierte Prämien nicht aufbringen kann, erhält einen Zuschuss aus Steuermitteln. Insbesondere die über das Existenzminimum hinausgehende Absicherung des Lebensstandards im Alter sowie Pflege- und Gesundheitsleistungen im Alter müssen zunehmend Gegenstand der Eigenvorsorge durch Kapitalbildung im privaten Versicherungswesen werden.

- Gerade in der Gesundheitspolitik haben wir ein klares Rezept: mehr Markt und mehr Wettbewerb und klare Signale für persönliche Verantwortung. Nicht ein Supermarkt ohne Preisschilder, sondern die Kenntnis und das Recht der Versicherten, wirklich darüber bestimmen zu können, wovor sie sich eigentlich schützen wollen, sind entscheidend. Grundrisiken sollten pflichtversichert sein. Kleinere Risiken sollten privat abgedeckt werden. Die Budgetierung führt zur Rationierung. Der Weg der staats- und planwirtschaftlichen Gesundheitspolitik endet in menschenunwürdigen Zuständen, die wir aus anderen Ländern mit planwirtschaftlichen Gesundheitsstrukturen kennen. Dann wird dem Kind mit Down-Syndrom die Herztransplantation verweigert, weil man sagt, dieses lohne sich nicht. Dann wird der alte Mensch nach einem Punktesystem taxiert und ab einem bestimmten Alter gibt es keine Bypass-Operation mehr. Dann haben alte Menschen vielleicht ein Leben lang eingezahlt, und jetzt, wo sie unser Gesundheitssystem brauchen, fallen sie der Budgetierung und der Rationierung zum Opfer. Das sind menschenunwürdige Zustände. In solch einer Gesellschaft wollen wir Liberale nicht leben. Deswegen, und nicht aus berufsständischen Gründen, bekämpfen wir die Gesundheitspolitik der Großen Koalition.
- Eine wirklich soziale Politik stärkt den Gedanken der Prävention: Dadurch können beispielsweise im Gesundheitswesen Erkrankungen vermieden werden, wodurch nicht nur die Belastung der Kostenträger sinkt, sondern vor allem die individuelle Lebensqualität steigt. Dazu wollen wir beispielsweise die Gesundheitserziehung in den Schulen verbessern und die Vorsorgeuntersuchungen für Kleinkinder verbindlicher gestalten.
- Wir wollen eine Familienförderung, die echte Wahlfreiheit eröffnet und die Lebenschancen der Kinder in den Mittelpunkt rückt. Dazu fordern wir beispielsweise eine KiTa-Platzgarantie für Zweijährige ab dem Jahr 2010. Nur so können wir Familien Entscheidungssicherheit geben.
- Wir stellen uns der Integration von Zuwanderern. Beispielsweise wollen wir die Sprachförderung von Erwachsenen, die zugewandert sind und dauerhaft in Deutschland leben, verbessern. Dazu müssen die bestehenden Integrationskurse des Bundes an die jeweils unterschiedlichen Vorkenntnisse der Teilnehmer auf der Basis von Einstufungstests angepasst werden. Eine Abschlussprüfung sollte genauso wie die regelmäßige Teilnahme verbindlich sein.
- Wir fordern mehr Markt im Sozialmarkt, damit Qualität und Kundenorientierung sozialer Leistungen steigen. Beispielsweise sollen Leistungen im Bereich des ambulant betreuten Wohnens rechtssicher von den öffentlichen Kostenträgern ausgeschrieben werden können. Außerdem wollen wir im neuen Kindergartengesetz die Hürden für privatgewerbliche Anbieter von Kinderbetreuung reduzieren.
- Zu einem selbstbestimmtes Leben gehört für uns weitgehende Wahlfreiheit. Deshalb lehnen wir beispielsweise die Rente mit 67 Jahren ab und fordern ein flexibles Rentenalter, das den Menschen ab dem 60. Lebensjahr die Entscheidung über den Eintritt in den Ruhestand überlässt, wenn ihre kombinierten Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Rente über dem Grundsicherungsniveau liegen. Für Erwerbstätige ab 60 kann dann der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung entfallen, für Renter entfallen alle Zuverdienstgrenzen – Anreize zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer.
- Wir wollen alten oder behinderten Menschen, die pflegebedürftig sind, mehr Selbstbestimmung ermöglichen. Beispielsweise plädieren wir dazu für das

"Trägerübergreifende Persönliche Budget". Es überlässt dem Einzelnen die Entscheidung über die für ihn richtige Form der Hilfeerbringung. Pflegebedürftige können statt der Sachleistung auch eine Geldleistung in Anspruch nehmen. Als souveräne Kunden besitzen sie Nachfragemacht und entscheiden über Anbieter wie Pflegepersonen.

* * *

In den vergangenen zwei Jahren haben sich gut 2.400 Menschen der FDP NRW angeschlossen. An diesen Erfolg wollen wir durch eine Mitgliederwerbeoffensive anknüpfen. Heute wollen wir Ihnen unsere Kampagne „Neue Freunde für die Freiheit“ vorstellen. Dabei setzen wir auf ihr Engagement. Wir können wachsen, wenn unsere 16.000 Mitglieder zu Botschaftern der FDP werden.

Und ihre Botschaft sollte sein: „Liberaler ist sozialer!“